

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Verkaufsstellen: Samstag, Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk., Anzeigenpreis die Spalte Colonnetten für gewöhnliche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17, Fernruf 433. Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Rückfragen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Kleinige Anzeigen-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 36.

Duisburg, den 8. September 1917.

18. Jahrgang.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1916

Die beiden ersten Jahre des Weltkrieges hatten auch im Organisationsleben tiefe Spuren hinterlassen. Die meisten Verbände gingen infolge der Einziehungen zum Wehrdienst um glatt die Hälfte ihrer Mitgliederzahlen zurück, einige sanken bis zum Viertel oder Fünftel ihres Friedensstandes hinunter. Das Jahr 1916 bildete den Wendepunkt. Dem Tiefstand folgte ein neuer Emporsteigen, an dem besonders die Verbände, deren Kollegen in der Rüstungsindustrie oder im Bergbau arbeiten, beteiligt sind. Die Gründe für das Wachsen liegen auf der Hand. Die Preise für Lebensmittel und sämtliche anderer Lebensnotwendigkeiten stiegen in einem Maße, dem in keiner Weise in den Löhnen ein Ausgleich gegenüber stand. Wir haben in Nr. 23 uns eingehend mit der Steigerung sowohl der Löhne als auch der Lebensmittelpreise befaßt und kamen nach vorläufigen Rechnungen zu dem Resultat, daß die Löhne seit 1914 im Durchschnitt um 45 Prozent, die Lebensmittelpreise dagegen um 111 Prozent gestiegen sind. Diese ungeheure Differenz mußte einigermaßen ausgeglichen werden, wenn die Arbeiterkraft die aufreißende Gabeltätigkeit erfüllen soll, die für das Vaterland geleistet werden muß, und welche die Arbeiterkraft freudig leistet. Dem Einzelnen war es unmöglich, sich Lohnerhöhungen zu erringen, dazu bedurfte er der Organisation, des geschlossenen Zusammenstehens der Arbeiterkraft. Viel haben die Gewerkschaften und besonders auch unser Verband für die Kollegen erreicht. Es wäre aber noch mehr herausgeholt worden, wenn nicht ein bedeutender Teil der Arbeiterkraft noch immer indifferent abseits stände.

Es hat aber den Anschein, als ob auch diesen Kollegen endlich die Erkenntnis dämmerte, daß es ohne Organisation nun einmal nicht geht. Die Aufnahmearbeit in den christlichen Gewerkschaften ist fortwährend, der Zeitpunkt ist überschritten. Wie schon erwähnt, hat die Gewerkschaftsbewegung den wichtigsten Stoß während des Jahres 1915 auszuhalten gehabt. Das Jahr 1916 bringt zwar auch noch einen Rückgang in den Mitgliederzahlen; jedoch ist derselbe so gering, daß man fast von einem Jahre des Stillstandes reden kann, um so mehr, wenn die Ziffer zu Ende des Jahres 1916 in Betracht gezogen wird, die bereits den beginnenden Wiederaufschwung erkennen läßt. Seitdem drängt die Stunde in einzelnen Verbänden mit Wucht nach oben. Von einem Rückgang kann heute im allgemeinen nicht mehr geredet werden. Auch die während des Jahres 1915 am meisten mitgenommenen Verbände haben den Tiefpunkt in ihrer Entwicklung überschritten.

Der Rückgang der Mitgliederzahl von 1915 zu 1916, berechnet an der Durchschnittsziffer dieser beiden Jahre, ist sehr gering. Er beträgt, da sich die Mitgliederzahl von 176 137 auf 174 300 verringerte, 1837 Mitglieder. Das entspricht einem Verlust von etwas mehr als 1 Prozent. Im vorigen Jahre, d. h. vom Durchschnitt des Jahres 1914 zum Durchschnitt des Jahres 1915, hatte der Verlust 166 607 Mitglieder = 37,7 Prozent betragen. Soheißlich günstiger noch wird das Bild, wenn die Ziffern am Jahresabschluss in Vergleich gebracht werden. Alsdann haben wir einen Aufstieg von 162 425 auf 178 907 zu verzeichnen, also einen Gewinn von 16 482 Mitgliedern = fast 10 Prozent. In dieser Ziffer ist allerdings der durch den Neuantritt zweier neuer Verbände an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften gegebene Gewinn einbezogen. Es handelt sich um den Bayerischen Postverband, der sich mit 10 874 Mitgliedern dem Gesamtverband anschloß, und ferner um den neu gegründeten Deutschen Angestelltenverband. Sieht man aber selbst von dem durch die neu angeschlossenen Verbände dem Gesamtverband zugeführten Gewinn ab, so bleibt auch dann noch ein Gewinn von 5251 Mitgliedern. Nimmt man zu der Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1915 die Zahl der zum Heere Einberufenen hinzu, die 157 031 beträgt, so ergibt sich, daß die Mitgliederzahl des Jahres 1916, des letzten Jahres vor dem Kriege, die Ziffer der am Ende des Jahres 1916 vorhandenen und die der einberufenen Mitglieder nur noch um einige Tausend übertrifft. Während der Berichtsperiode ist der Gesamtverband in den Verbänden der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter aufgegangen.

Was im vorigen Jahre der Gewinn der Durchschnittsziffer sozusagen zeiglos auf die überraschend gute Entwicklung des Gesamtvereins der Heimarbeiterrinnen zurückzuführen, so sind im Berichtsjahr an dem Aufstieg in der Durchschnittsziffer neben den Heimarbeiterrinnen, die wiederum um mehr als 3000 zunahm, insbesondere noch die Deutschen Eisenbahner mit über 4000 Mitgliedern, und mit kleineren Gewinnen ferner die Verbände der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter, der Tabakarbeiter, der Rüstungsarbeiter, der Telegraphenarbeiter beteiligt. In diesen Verbänden gesellen sich, was den Aufstieg der Ziffer zum Schluß des Jahres anbelangt, die Metallarbeiter mit rund 4000, die Bergarbeiter mit rund 700, die Tabakarbeiter, die Fabrikarbeiter und die Württembergischen Eisenbahner. Von Berufen sind am meisten betroffen die Textil-, Bau-, Holz-, Nahrungsmitteleinzelhandwerker, fer-

ner die Verbände der Gemeindefreier und Straßenbahner, die Keram- und Steinarbeiter, Maler, Schneider, Gasthausangestellten, der Verband der graphischen Gewerbe, sowie der Guttenbergbund.

Die heutige Mitgliederziffer, abgesehen von den rund 157 000 Einberufenen, beträgt rund 230 000.

Während im vorigen Jahre noch die Zahlen der weiblichen Mitglieder sich um 1382, also verhältnismäßig sehr wenig, vermindert hatten, ist diesmal eine Zunahme der weiblichen Mitglieder um 4522 zu verzeichnen. Wiederum entfällt der überwiegende Teil auf die Heimarbeiterrinnen. Ueberdies kommt aber auch der Verband Deutscher Eisenbahner in Betracht. Dieser Verband hat im Berichtsjahre die Organisation der weiblichen Eisenbahner mit großem Geschick und sichtlich gutem Erfolge in die Hand genommen. Auch sind die Verbände der Tabak-, sowie der Fabrik-, Verlehn- und Hilfsarbeiter, der Schneider usw., an dem Aufschwung der weiblichen Mitgliederziffer beteiligt.

Bei Betrachtung der Massenverhältnisse ergibt sich, daß die Einnahmen in einem ähnlichen Verhältnis stehen, wie die Mitgliederziffern, indem sie nämlich einen geringen Rückgang aufzuweisen haben. Die Einnahmen gingen von 3 317 847 Mk. auf 3 231 432 Mk., d. h. also um 86 415 Mk., zurück. Bemerkenswert ist der Rückgang der Ausgaben von 3 505 207 auf 2 901 243 Mk., also um 604 564 Mk. Dementsprechend hat der Vermögensbestand eine Aufbesserung erfahren, nämlich von 7 545 376 auf 7 901 531, = 356 155 Mark.

Die Lohnbewegungen des Jahres 1916 nahmen ebenso, wie diejenigen der früheren Kriegsjahre, einen fast einheitlichen und friedlichen Verlauf. So wenig bedeutsam diese Angabe auf den ersten Anblick aussieht, so große Kräfteanstrengungen der Arbeiterorganisationen verbergen sich dahinter. Die große Deffektivität, hat es erst bei Gelegenheit einzelner ausgehender Streiks in der Munitionsinindustrie erfahren, welche eine Summe von Kraftaufwendung dazu gebrachte, um unseren Wirtschaftsbeitrag nicht an der empfindlichsten Stelle zusammenbrechen zu lassen. Die Metallarbeiter- und Bergarbeiterorganisationen haben es immer wieder versucht, die Erzeugung der ihnen anvertrauten Arbeiterkraft, die wohl begreiflich war angesichts der außerordentlichen Anforderungen, die an die schlecht ernährten Arbeiter gestellt werden, so zu dämpfen, daß keine gefährlichen Entwicklungen dauernder Natur zurückgelassen sind. Insbesondere hat unser christlicher Metallarbeiterverband die von Anfang des Krieges eingenommene Stellung aufrecht erhalten, daß die Streikigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sich nicht in Streiks entladen dürfen. Je länger der Krieg dauert, umso schwieriger ist allerdings die Durchführung dieser Parole geworden. Und umso größeres Verdienst kommt daher den Gewerkschaften zu. Man kann gerade nicht sagen, daß die Deffektivität großes Werkstättens für diese Lage hätte. Immerhin gibt es heute doch Leute, die zu der Auffassung gelangt sind, um wieviel besser es wäre, wenn die Gewerkschaften einen noch größeren Prozentfuß der Arbeiterkraft in sich vereinigten, um so ihren ordnenden Einfluß in möglichst weitem Umfang zur Geltung zu bringen. Andere dagegen wissen bei ausbrechenden Putzungen nichts anderes zu tun, als dieselben den Gewerkschaften an die Kehle zu hängen. Ueberaus wertvoll ist daher die Feststellung, die wiederholt gemacht und bezeugt wurde, daß solche Putzungen in sozusagen allen Fällen aus den Kreisen der nichtorganisierten Arbeiter hervorgegangen sind, und daß dort, wo die Gewerkschaft ihren Einfluß zur Geltung bringen konnte, stets mit einer friedlichen Beilegung der Differenz gerechnet werden durfte. Es wäre an der Zeit, daß die Deffektivität auf diesem Gebiete Licht und Schatten zu trennen lernte.

Was auch friedliche Lohnbewegungen den Arbeitern für Vorteile bringen können, sei an dem einzigen Beispiel unseres christlichen Metallarbeiterverbandes dargelegt. Unser Verband macht die Feststellung, daß er in 1916 für 11 530 Mitglieder eine Gesamtlohnerhöhung herausholte, die auf das Jahr (50 Arbeitswochen) umgerechnet, eine Summe von 3 218 735 Mark ergibt. Kaum geringere Bedeutung kommt dem zu, was die Bergarbeiter für ihre Mitglieder herausholten. Dabei verdient die Feststellung Interesse, daß unter der tatkräftigen Leitung der Instanzen des Gesamtvereins christlicher Bergarbeiter auch in dem sonst etwas zurückgebliebenen Saargebiet ein bemerkenswerter Aufschwung der Arbeitsverhältnisse zu verzeichnen ist. Wie durchgehend selbst kleinere Verbände an erfolgreichen Lohnbewegungen beteiligt sein können, beweist das Beispiel des Verbandes der Fabrik-, Verlehn- und Hilfsarbeiter. Dieser Verband brachte seinen Mitgliedern in den verschiedenen Branchen Lohn- bzw. Zulagenzulagen ein, die für das Jahr 582 683 Mark ausmachten.

Das Baugewerbe im weiteren Sinne konnte wieder eine Anzahl bedeutender Tarifverbesserungen durchführen. Für die Bauarbeiter selbst kam es durch die Vermittlung des Reichsamtes des Innern zwischen dem deutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und den verschiedenen Bauarbeiterverbänden zu einer Verlängerung der bestehenden Tarifverträge bis zum 31. März 1918. Dabei wurde für Vertragsgebiete mit einer Einwohnerzahl bis zu 5000

eine Zulagenzulage von 7 Pfg. für Vertragsgebiete mit größerer Einwohnerzahl eine solche von 10 bis 11 Pfg. vereinbart. Im Holzgewerbe vollzog sich im Jahre 1916 eine größere Lohnbewegung, die sich auf alle Orte erstreckte, in denen mit dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe in früheren Jahren Tarifverträge abgeschlossen waren. Auch hier wirkte das Reichsamt des Innern mit, und es kam eine Verlängerung der Verträge um ein Jahr zustande, unter Zustimmung von mindestens 15 Pfg. Lohnerhöhung für die Arbeitsstunde. Eine zweite größere Lohnbewegung begann Ende 1916 im rheinisch-westfälischen Industriegebiete. In diesem Gebiete waren eine Anzahl Tarifverträge mit dem rheinisch-westfälischen Eisenbahnverbande sowie mit dem westdeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in früheren Jahren geschlossen worden. Die Bemühungen des Verbandes waren trotz der sehr erheblichen Widerstände erfolgreich.

Das Malergewerbe hatte eine Tarifbewegung im Anschluß an den Ablauf des Reichstarifvertrages, mit dem Erfolg, daß wiederum unter Mitwirkung des Reichsamtes des Innern, eine Verlängerung zustande kam, wobei für Orte mit neunstündiger Arbeitszeit eine Zulagenzulage von 6 Pfg. für die Stunde, für Orte mit längerer Arbeitszeit eine solche von 5 Pfg. pro Stunde vereinbart wurde.

Im Buchdruckgewerbe kam es zu einer Tarifverlängerung, wobei es den Prinzipalen zur Pflicht gemacht wurde, den Gehilfen mit Zulagenzulagen über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. Die Verbände der Heimarbeiterrinnen und der Staatsangestellten und -Arbeiter haben sich auch während dieses Berichtsjahres mit Erfolg um Aufbesserung der Lage ihrer Arbeiterkategorien bemüht.

So zeigt sich, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung nach wie vor eine gute Sachwalterin der berechtigten Arbeiterinteressen ist und mit Erfolg arbeitet, um ihre Mitglieder wirtschaftlich zu heben. Unseren Kollegen soll das ein Ansporn sein, auch in Zukunft unermüdet tätig zu sein für den Verband, seine Reihen zu stärken und zu kräftigen, damit auch in den kommenden schweren Zeiten der Verband den Kollegen Schutz und Stütze sein kann.

Die „hohen Löhne“ der bayerischen Rüstungsarbeiter

Ueber die angeblich hohen Löhne der Arbeiter in der Rüstungsindustrie kürzesten die unglücklichsten Gerüchte. Eine ganze Anzahl deutscher Blätter, vor allem die „Deutsche Arbeiterzeitung“ bemühen sich, diese Gerüchte weiter zu kolportieren, um auf diese Weise das Volk über die wahren Kriegsgewinne in Industrie und Handel hinweg zu täuschen. In Bayern hat der bekannte Bauernführer Dr. Heim in einer Rede auf einer Bauernvereinstagung, über die „hohen Jahresverdienste“ der bayerischen Rüstungsarbeiter Angaben gemacht, die der Wirklichkeit nicht entsprechen. Die Metallarbeiterorganisationen Bayerns, unser Verband und der deutsche Metallarbeiterverband haben in einem Schreiben an die Presse gegen die Ausführungen Dr. Heims Stellung genommen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Eine öffentliche Anfrage an Herrn Geheimrat Dr. Heim, die vor mehreren Wochen von den Unterzeichneten gestellt wurde, wo und von welchem Munitionsarbeiter in Bayern gemäß seiner Rede auf der Regensburger Bauernvereinstagung 10 000 Mk. Jahresverdienst erzielt werden könnten, blieb unbeantwortet. Wir müssen deshalb feststellen, daß für diese Behauptung kein Beweise erbracht wurde und wohl auch nicht erbracht werden konnte. Diese Feststellung ist deshalb notwendig, weil sich infolge solcher Uebertreibungen über die wirklichen Lohnverhältnisse in der breiten Deffektivität ein ganz falsches Bild ergibt. Das Zusammenarbeiten der Stände wird gerade dadurch außerordentlich erschwert, wenn Uebertreibungen führender Personen zu falschen Rückschlüssen Anlaß geben, wodurch insbesondere die Not breiter Arbeiterschichten verkannt würde. Wir wollen gern annehmen, daß diese Ansicht, das Zusammenarbeiten des Arbeiter- und Bauernstandes zu erschweren, nicht bestand, die oben gekennzeichnete Wirkung vorwährender Uebertreibungen läßt sich jedoch nicht bestreiten. Wir weisen deshalb nachdrücklich die Behauptung bezüglich 10 000 Mark Jahresverdienst als unhaltbar zurück.

Hinsichtlich der tatsächlichen Lohnverhältnisse bestehen in der Deffektivität vielfach falsche Vorstellungen. Während man bei Jahresberichten von Aktiengesellschaften nicht selten die Höhe beobachten kann, die Dividenden zu veranschaulichen, renommieren manche Arbeiter mit Löhnen, die sie nicht regelmäßig oder überhaupt nicht verdienen. Die periodischen Attordierungen, der Gesamtlohn einer ganzen Arbeiterfamilie, außerordentlich lange Arbeitszeit (über 100 Stunden die Woche wurden schon festgestellt in Einzelstellen) führen zu Krugfühlungen in der Lohnfrage.

Nur wenige Spezialarbeiter erreichen in München und

höchste in Berlin festgestellte Lohn eines Spezialarbeiters beträgt 32 Mark pro Tag. Neben ihm ist nur noch ein Arbeiter mit 26 Mark bekannt, dann geht der Satz schnell abwärts auf 19 Mark für eine dünne Oberschicht der Werkzeugmacher; Arbeiter der gleichen Spezialgruppe verdienen in München in der Regel 11 bis 14 Mark, in Nürnberg, Augsburg, Schweinfurt 10 bis 13 Mark pro Tag. Eine große Anzahl tüchtiger Facharbeiter (Schlosser) haben vor Kriegsausbruch 7-9 Mark pro Tag im Nordwest verdient, jetzt können dieselben 8-10 Mark pro Tag verdienen. Also nur 1-2 Mark mehr als ehemals. Wir führen aber auch den Nachweis, daß reklamierte Schlosser in Bayern noch dieses Jahr mit 4 Mark pro Tag wieder eingestellt wurden.

In einem Münchener Großbetrieb wurden für erwachsene Arbeiterinnen in diesem Jahre pro Stunde noch unter 30 Pfg. bezahlt. Die Stundenlöhne für Hilfsarbeiter gehen bis zu 30 Pfg. und für Arbeiterinnen sogar unter 30 Pfg. pro Stunde herab. Erst die Gegenüberstellung der unteren Lohngruppen ermöglicht ein Bild über die tatsächlichen Lohnverhältnisse. Die Münchener Ortskrankenkasse, die etwa 90 v. H. aller Versicherten umfaßt, hat im Dezember 1916 für 73,00 v. H. ihren Mitgliedern einen Tageslohn bis zu 5 Mark ausgeschrieben und nur 21,91 v. H. über 5 Mark Lohn pro Tag.

Nach unseren Feststellungen ist der größere Teil der Metallarbeiter mit dem Lohn sehr wesentlich hinter der Forderung zurückgeblieben. Findet diese Tatsache allerwärts entsprechende Beachtung, dann wird man auch für die Bestrebungen der Arbeiter zur Überwindung der Schwierigkeiten mehr Verständnis an den Tag legen.

Die Bezirksleitungen des Deutschen und Christlichen Metallarbeiterverbandes, Bezirk Bayern r. d. Rh.
Carl Eßner. Adolf Konrad.

Verfälschung des Hilfsdienstes?

General Groener, der tatkräftige, arbeitsfreundliche, sozialdenkende Leiter des Kriegsamt, ist plötzlich an eine andere Stelle gesetzt worden. Bei der Aussprache über die Kohlenversorgung und die Stilllegung von Betrieben, am 24. August 1917, im Hauptsaal des Reichstags, wurde das von Rednern aller Fraktionen, namentlich jener der Rechten, auf das lebhafteste behauptet. Der fortschrittliche Abgeordnete Dieckhoff, ein Landmann Groeners, rügte mit Recht, daß man einen so erfahrenen, tüchtigen Mann aus einem Amt entfernt hat, das so viel Kenntnis wirtschaftlicher und sozialer Fragen, wie auch Tatkraft in hohem Maße erfordert. In den weitesten Kreisen herrsche die Ansicht, daß die Schwerindustrie ihre Hand dabei im Spiele gehabt habe.

In Arbeiterkreisen habe die blödsinnige Überzeugung Groeners nicht nur aufzuheben, sondern auch die Bestrebungen herabzusetzen, es werde nun das Hilfsdienstgesetz verschlechtert. Dabei möchte er warnen. Den Einflüsterungen der Schwerindustrie, deren einzelne Vertreter auch gegen die Gewerbetreibenden Süddeutschlands Stellung genommen hätten, dürfe die Regierung fürderhin ihr Ohr nicht mehr leihen. Die Abstimmlung sei ohnehin groß gegen sie, namentlich in Kreisen der Gewerbetreibenden und Substritten, deren Betriebe geschlossen würden, die sehen müßten, wie die Schwerindustrie bevorzugt werde und Preisgewinne machen könne. Der Redner der National-Liberalen, Abg. Vitz, hob die Verdienste Groeners hervor, der es verstanden habe, mit den Arbeitern zu verkehren und Betriebsstörungen zu verhindern.

Als darauf Kriegsminister von Stein in Anerkennung der Verdienste Groeners den Vorsitz übernahm, meldete sich der Sozialdemokrat Scheidemann. Er behauptete, daß General Groener auf Verreiben der Schwerindustrie beiseite geschoben worden sei. Einer ihrer Vertreter habe mehrere Tage vor dessen Entlassung mitteilen können, daß Groener gehen müsse. Die Schwerindustrie habe die Verschärfung der Schutzbestimmungen aus dem Hilfsdienstgesetz gefordert, die je von der Seite von Anfang an gewünscht worden sind. Groener habe diese Forderung dahin beantwortet, daß dann auch eine Verdiensteigenschaft für die Schwerindustriellen festgesetzt werden dürfe und dadurch ihren Lohn vergrößert.

Der Führer des Zentrum, Abg. Erzberger, stellte weiter fest, daß über diese Angelegenheiten die Entlassung

Groeners, in den Reihen der christlich-nationalen Arbeiterschaft lebhafteste Beunruhigung entstanden sei und die Verschärfung herbeiführe, daß die Arbeiterrechte im Hilfsdienstgesetz angegeben werden sollten oder mißachtet würden. General Groener habe sich als kluger Mann vor Schaffung des Hilfsdienstgesetzes mit den Vertretern der Gewerkschaften in Verbindung gesetzt und ihnen gegenüber den Zwangsbestimmungen des Gesetzes Rücksicht und Schutzbestimmungen zugesagt. Die Verminderung sei groß gewesen, als dann der Reichsamt des Innern ausgearbeitete Gesetzentwürfe nicht von dem enthielt. Der Reichstag habe dann das wieder gut gemacht und das Gesetz umgestaltet. General Groener hätte das Gesetz loyal im Benehmen mit den Beteiligten zur Ausführung gebracht und damit das volle Vertrauen der Arbeiterschaft erworben. Die Regierung habe allen Anlaß, auf das Bestimmteste zu erklären, daß durch den Personalwechsel im Kriegsamt nicht etwa eine Verschlechterung des Hilfsdienstgesetzes im gedachten Sinne vorbereitet, oder eine grundsätzliche Änderung in seiner Durchführung herbeigeführt werden wolle.

Im Hinblick auf die Stellungnahme der Reichstagsmehrheit, zugunsten der ungeänderten Aufrechterhaltung der im Hilfsdienstgesetz den Arbeitern gewährten Rücksicht und deren loyale Durchführung, sahen sich die zuständigen Regierungsvertreter veranlaßt, dementsprechende Zusagen zu geben. Der preussische Kriegsminister von Stein betonte, daß er von Einflüsterungen der Schwerindustrie nichts wisse; der Personalwechsel im Kriegsamt habe einen Wechsel der Richtlinien für die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes nicht zur Folge.

Der Reichsanwalt, Dr. Helfferich, aber erklärte, daß an eine grundsätzliche Änderung des Hilfsdienstgesetzes nicht gedacht werde; einzelne Bestimmungen desselben dürften allerdings einer Reform bedürftig sein, die im Hilfsdienstgesetz bereits dargelegt worden. Auch er müsse sagen, daß er es für einen Fehler halte, wenn man jetzt an den grundlegenden Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes etwas ändern wolle. In diesem Standpunkte werde er bestehen.

So wäre denn vorerst der Versuch der Schwerindustrie gescheitert, die notwendigen Rücksichtnahmen für die Arbeiter im Hilfsdienstgesetz aufzuheben. Es ist nach den Darlegungen des Kriegsministers und bei dem Ansehen der Persönlichkeit, die zur Leitung des Kriegsamts berufen ist, des General-Scheuch, nicht anzunehmen, daß die Ausführung des Gesetzes zuungunsten der Arbeiter und Hilfsdienstpflichtigen geändert wird. Generalmajor Scheuch ist in parlamentarischen Kreisen eine bekannte Persönlichkeit, wegen seines entgegenkommenden freundlichen Wesens geschätzt. Er wird sicherlich auch der Arbeiterschaft und ihren Wünschen objektiv gegenüberstehen.

Zu den vielleicht irrigen Anschauungen und Befürchtungen hat schließlich der Umstand mit Anlaß gegeben, daß die maßgebenden Stellen in Vorbereitung darüber eingetreten sind, wie man die Drückberger in den höheren Ständen und Berufen zum Hilfsdienst heranzuziehen werden können. Wir haben solche und Reklamierte in einer Zahl, die in die Millionen geht und es ist begreiflich, daß bei den großen Bedürfnissen unseres Heeres und bei weiterer Dauer des Krieges auch diese Kräfte mit in den vaterländischen Hilfsdienst gestellt werden. Der Münchener „Arbeiter“ sagte in einer seiner letzten Nummern mit Recht, daß die Arbeiterschaft nichts dagegen habe, wenn viele weisheitsvolle Summierer endlich auch mehr zur Arbeit im Dienste des Vaterlandes herangezogen würden.

Allgemeine Rundschau Kriegsgewinne

Die Werft Blohm und Ross N.S., Hamburg verzeichnet einen Betriebsüberschuß von 8388 646 Mark (6088 855 im Vorjahre) und einen Reingewinn von 2376 983 Mark (1330 989 Mark i. V.), nachdem 3220 294 Mark (2581 876 Mark) abgeschrieben wurden. Aus dem Reingewinn sollen wieder wie bisher 5,5 Prozent Dividende auf die Vorkasseaktien und 5 Prozent auf die Stammaktien (wie für jedes der beiden Vorjahre, nachdem einmal 4 Prozent) verteilt — woran aber die neuen

Aktien schon voll teilnehmen —, 488 436 Mk. (353 844 Mk.) Gewinnanteile gezahlt und 68 497 Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Süddeutsche Drahtindustrie Mannheim, 12 Prozent Dividende, im Vorjahre 8, davor 6.

Donaubrader Kupfer- und Drahtwerk, erzielte einen Reingewinn von 778 520 Mark (im Vorjahre 417 599); daraus werden 15 Prozent Dividende verteilt wie im Vorjahre.

Weißtischfabrik Johann Faber, Nürnberg, verzeichnet einen Rohgewinn von 1 407 735 Mk., (im Vorjahre 728 892 Mk.), einen Reingewinn von 1 171 719 Mk. (602 302 Mk.), 12 Prozent Dividende werden verteilt (12 Prozent, 6 Prozent, 4 Prozent), außerdem ein Bonus von 5 Prozent, als teilweise Entschädigung für die in den beiden ersten Kriegsjahren zurückgebliebenen Dividende.

Das Eisen- und Stahlwerk in Weibert konnte im Berichtsjahr sogar 22 1/2 Prozent Dividende ausschütten, nachdem es die drei vorhergehenden Jahre nichts verteilt hatte.

Die Nahrungsmittelfabrikation K. u. M. A. G., Stuttgart-Karlsruhe, erhöhten ihr Rentendividend von 1 Million auf 1,5 Millionen Mark und ihre Dividende von 11 Prozent auf 15 Prozent.

Großkonjunktur fast auf der ganzen Linie; große Gewinne und Abschreibungen werden gemacht. Will dagegen der Arbeiter seinen Lohn etwas erhöhen, damit er im Einklang mit den verteuerten Lebensverhältnissen gebracht werden kann, dann läuft gleich die ganze Arbeitgeberpresse Sturm und ein Teil der bürgerlichen Presse betet das Wort von den Arbeitern als Kriegsgewinner nach. Die Arbeiterschaft wird sich dadurch nicht beirren lassen, sondern das zu erreichen suchen, was ihr von Rechtswegen zum Leben zusteht.

Aus den Schlichtungsausschüssen.

Das Vaterländische Hilfsdienstgesetz ist nicht geschaffen, um die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Gewerbeordnung außer Kraft zu setzen. Es müssen deshalb bei der Handhabung dieses Gesetzes die Bestimmungen des B. G. B. und der G.-D. berücksichtigt werden. Es scheint aber, als wolle der Schlichtungsausschuß in Soest bei der Erteilung der Ersatz-Abfahrtscheine den Par. 626 des B. G. B. und den Par. 124 der G.-D. außer acht lassen. Weil sich das B. G. B. eng an die Gewerbeordnung und an das Bürgerliche Gesetzbuch anschließt, ist dieses nicht richtig. Der letzte Satz des Absatz 2 des Par. 9 des B. G. B. sagt: „Erkennt der Ausschuß nach Untersuchung des Falles an, daß ein wichtiger Grund für das Ausschließen vorliegt, so stellt er eine Bescheinigung aus, die in ihrer Wirkung die Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt.“ Hier ist der Par. 626 des B. G. B. sinngemäß übernommen, der sagt: „Das Dienstverhältnis kann von jedem Teile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gelöst werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.“ Der Par. 124 der G.-D. umschreibt den wichtigen Grund näher, wenn auch nicht erschöpfend, indem er sagt: „Vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen die Arbeit verlassen: 1. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden; 2. wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter sich Tätlichkeiten oder grobe Beleidigungen gegen die Arbeiter oder gegen ihre Familienangehörigen zu Schulden kommen lassen, usw.“

Wenn nun ein Arbeiter zur Fortsetzung der Arbeit unfähig wird und ein diesbezügliches ärztliches Zeugnis beibringt, so kann er auf Grund der vorgenannten Bestimmungen, nicht nur der der G.-D. und des Bürgerlichen Gesetzbuches, sondern auch des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes die Arbeit wechseln. Würde ihm ein Abfahrtschein vonseiten seines Arbeitgebers erteilt, so ist der Schlichtungsausschuß verpflichtet, ihm den Ersatzabfahrtschein (Par. 9 Absatz 2) anzustellen. Ebenso verhält es sich, wenn ein Arbeiter schwer beleidigt wird; auch dann ist ihm ohne weiteres ein Ersatz-Abfahrtschein anzustellen, wenn der Schlichtungsausschuß anerkennen wird.

Der Schlichtungsausschuß in Soest hat anders entschieden. Ein Arbeiter aus Freudenberg legte dem Schlichtungsausschuß in Soest ein ärztliches Attest vor, auf Grund dessen ihm keine weitere Arbeit herbeigeführt wurde. Trotzdem aber wurde ihm der Abfahrtschein verweigert. Was sollte der

Die örtliche Verteilung der einzelnen Industriezweige in Deutschland

3. Der Standort der einzelnen Industriezweige ergibt sich aus ihrer geschichtlichen Heranzüchtung und aus der örtlichen Verteilung der Bodenschätze und Wasserkräfte.

Die wichtigsten Materialien für die gewerbliche Produktion sind Kohle und Eisen; dementsprechend haben auch unsere Kohlen- und Eisenerzwerke die feste und sichere Fundamente der Verteilung und Konzentration unserer Industrie.

Das Hauptkohlengebiet Deutschlands ist das rheinisch-westfälische Kohlenbecken, ein 30 Kilometer breiter Streifen, der sich von den Rheingebirgen bis zum Rhenus 50 Kilometer weit die Länge entlang zieht und 3700 Quadratkilometer Kohlenlagerndes Land mit einem Kohlenreichtum von 65 000 Millionen Tonnen umfaßt. Dort werden jährlich 45 Millionen Tonnen Kohlen im Werte von über 300 Millionen Mark gefördert, was nicht weniger als 250 000 h. P. 1/2 Kohlenarbeiter im deutschen Kohlenbau beschäftigt sind. Die Kohlenwerke reichen sich beidseitig an der Rhein- und Saarregion, Saarwerke und Eisenwerke an; in ihrer Verteilung herrscht die das Gesamtbild einer Metallindustrie, die über mehr als 400 000 Arbeitskräfte verfügt. Die beiden anderen großen Kohlenbecken liegen bei Oppeln (Schlesien) und Saarbrücken. In Schlesien fördern 33 000 Personen jährlich 2 Millionen Tonnen Schmelzkohle im Werte von 125 Millionen Mark, an der Saar 32 000 in 9 Millionen Tonnen im Werte von 80 Millionen Mark. Auch an diese beiden Kohlenbecken schließt sich eine mächtige Eisenindustrie an. Die Eisenverarbeitung blüht außerdem im Thüringer Wald und im Erzgebirge.

Deutschlands Bergbau, Salinen- und Häutereibau, war insgesamt 32 000 Personen beschäftigt, geben einen Ertrag von fast 1 1/2 Milliarden Mark oder das Dreifache von dem, was Frankreich aus seinen Bodenschätzen herausholt.

Produktion von Maschinen, Geschützen und Gewehren, Messern und Kleinwaffen einen Betrag. Die Hauptplätze für den Maschinenbau sind: Chemnitz, Magdeburg, Stuttgart, Hamburg, Jena, Leipzig, Düsselhof, Kassel, Braunschweig, Berlin, Hannover, Kassel, Karlsruhe, München, Augsburg, Ulm, Stuttgart-Berg, Karlsruhe, Straßburg, Wiesbaden i. C., Mannheim. Das Hauptgebiet der Eisenindustrie im eigentlichen Sinne ist Rheinland-Westfalen. Hier ist die Verteilung der Arbeit auch örtlich durchgehend. In der Provinz P. B. im Hauptplatz für Schmiedewaren, Maschinen, Kessel und Dampfmaschinen für Dampf- und Wasserkraft für die Kupferfabrikation und Gefäßherstellung.

Außer der Kohlen- und Eisenindustrie bildet das dritte Hauptgebiet die Textilindustrie. Sie ist in Deutschland nicht minder bedeutend. Die Hauptplätze befinden sich in Ost- und Westfalen, in der Rheinprovinz, in Sachsen, Brandenburg und Schlesien. Von den beiden Hauptzweigen der Industrie ist die Textilindustrie vorwiegend im Riesengebirge, der Lausitz, in Schlesien (Bielefeld, Lembrück) und auf der Schwebischen Alb, die Wolleweberei — zum Teil in Anlehnung an die Schafzucht — hauptsächlich in Hannover und Westfalen, in der Rheinprovinz und in Sachsen, Brandenburg und Schlesien zu Hause. In diesen beiden Zweigen traten Ende des 18. Jahrhunderts die Baumwollweberei hinzu, mit dem Hauptplatz in Ost- und Westfalen, in Sachsen und in den Rheinländern (Bielefeld). Die Zeugdruckerei ist in Sachsen, Brandenburg, in Ost- und Westfalen und im holländischen Wesenialland heimisch. — Eine weitere Gruppe bilden die Seidenweberei, die Kattunweberei, Berlin's Konfektionsartikel, die Pianoforte-Industrie, die Lage von Greiz und Gera, Kassel, Kassel und Hildesheim.

In dieser Stelle ist die am Harz und Mittelrhein konzentrierte chemische Großindustrie in Höchst, Gröden a. M., bei Frankfurt und Ludwigshafen anzuführen. Sie ruht sich auf der Chemie im weiteren Sinne zugehörigen Schwerindustrie an, zumeist die Zunderfabrikation der Sprengstoffe (Magdeburg). Hier ist die am Harz und Mittelrhein konzentrierte Wein- und Branntwein-

Brennerei und die Stärkefabrikation zu Hause. Die Bierbrauerei hat ihren Hauptsitz in München, dann in den Großstädten Berlin, Hamburg, Dresden, Dortmund etc.; bekanntlich hat sich ihr Produkt weit über Deutschlands Grenzen eingebürgert.

Weiter sind die Eisen- und Ausfuhrquellen, die Hauptplätze der Nord- und Ostsee, naturgemäß zu Standorten für die Verarbeitung und Veredelung der auf dem See- und Flussewege eingeführten Rohstoffe, wie Kroggen, Häute, Jute, Taba, Reis, Kakaos usw., geworden und werden dies immer mehr. An den mächtigen Fabriken, die für jene Zwecke in Hamburg, Bremen, Kiel, Stettin usw. errichtet werden sind, gibt sich vorläufig nur die Tendenz kund, in der sich die gesunde Entwicklung fortsetzen wird.

In den Großstädten — vor allem in der Reichshauptstadt selbst — führte ein anderes Moment zur örtlichen Konzentration gewisser Industrien, nämlich das überreichliche Angebot billiger, namentlich weiblicher Arbeitskraft. Berlin beschäftigt in der Bekleidungsindustrie (hauptsächlich Konfektion) 100 000, in der Metallindustrie über 100 000, in der Malerei- und Möbelherstellung 34 000, in den polygraphischen Gewerben 29 000 Personen. Ueberhaupt ist Berlin mit seinen 700 000 Arbeitern die mächtigste Industriestadt des deutschen Reiches. Relativ mehr Arbeiterbevölkerung haben nur Dortmund mit 637, Wormen mit 596, Chemnitz mit 570, Kassel mit 537, Düsseldorf mit 552, Eisenfeld mit 323 Arbeitern und Familienangehörigen auf je 1000 Einwohner.

Endlich haben wir, um ein Gesamtbild zu geben, noch einige Spezialitäten und ihre konzentrierten Produktionsorte zu erwähnen: so die Porzellanfabrikation in Meissen und Berlin, den Buchdruck und den Pianobau in Leipzig, Berlin, Stuttgart, die Leder- und Lederwarenindustrie in Pirmasens, Dissenbach, Berlin, Weidenfeld, Siegen und Reulingen, die Feinmechanik und Optik in Rathenow, Halle, Jena, München, Tübingen, die Zucker- und Schokoladenwarenfabrikation in Köln, Dresden und Elmstedt.

Arbeiter nun tun. Er durfte die frühere Arbeit nicht mehr machen, durfte aber auch von keinem anderen Arbeitgeber in den ersten 14 Tagen (Par. 18, 2 des B. G.) eingestellt werden. Der Arbeiter blieb also zunächst 14 Tage arbeitslos. Nachdem er Arbeit bei einer anderen Firma an. Jetzt beschwerte sich die frühere Firma wiederum beim Schlichtungsausschuss in Geseß und der Schlichtungsausschuss befürwortete seine Wiederbeschäftigung. Ein anderer Arbeiter aus Fröndenberg wird von seiner Firma schwer beleidigt. Der Arbeiter kündigt und muß, um seinen Arbeitschein zu bekommen den Schlichtungsausschuss in Geseß anrufen. Die Firma bestreitet brüsk die Beleidigungen und der Arbeitschein wird verweigert. Den Angaben der Arbeiter wurde, also nicht geglaubt.

Ein solches Verfahren eines Schlichtungsausschusses ist nicht zu verstehen und es wäre wirklich zu empfehlen, wenn hier die Bestimmungen des B. G. mehr beachtet würden.

Kriegsamt und Tarifverträge

Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Notiz, daß sich das Kriegsamt gegen die Tarifverträge und die Mindestlöhne ausgesprochen haben sollte. Dem gegenüber stellen die „amtlichen Mitteilungen und Nachrichten des Kriegsamts“ fest, daß es notwendig sei, den Tarifverträgen Geltung zu verschaffen. Die „amtlichen Mitteilungen“ enthalten unter dem 1. August folgende Verfügung des Kriegsamts:

„Angesichts des starken Einflusses, den geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf die Kriegsmaterialherstellung haben, hat sich das Kriegsamt (M3) des Kriegsammtes (Kriegs-Ersatz- und Arbeits-Departement) in letzter Zeit wiederholt, meist mit Erfolg bemüht, das Zustandekommen langfristiger Tarifverträge oder sonstiger Lohnabmachungen dadurch zu fördern, daß es die unparteiische Zeitung entsprechender Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen unter Hinzuziehung der in Betracht kommenden militärischen Beschaffungsstellen übernahm. U. a. ist am 18. Juni der Tarifvertrag für die Geschloßformmacher Deutschlands zustande gekommen, wodurch wieder einer weitverzweigten Industrie und den in ihr beschäftigten rund 30 000 gewerblichen und Heimarbeitern eine Grundlage für weitere erfolgreiche Arbeit gegeben worden ist.

Wie bereits anlässlich der Tarifverhandlungen im Baugewerbe Groß-Berlins ausgeführt wurde, ist es dringend notwendig, daß sämtliche in Betracht kommenden militärischen Behörden, insbesondere die Beschaffungsstellen, soweit es in ihrer Hand liegt, den abgeschlossenen Tarifverträgen Geltung verschaffen und gegen jede Durchbrechung entsprechende Stellung nehmen. U. a. wird die Aufnahme eines entsprechenden Zusatzes zu den Lieferungsbedingungen empfohlen.“

Unsere Kollegen in den tarifierten Berufen mögen sich diese Stellungnahme des Kriegsammtes gut merken.

Arbeitsmarkt nach Friedensschluß

Ware und Arbeit sind zwar untrennbar verbunden, aber im Wesen und Wirtschaftswert gänzlich verschieden. Im allgemeinen behält die Ware, solange sie nicht in den Verbrauch gelangt, unvermindert ihren Wert, sie läßt sich speichern und in den Fällen, wo auch ohne direkten Verbrauch Verluste oder Verderbnis eintreten würde, läßt sich das Uebel durch entsprechende Maßnahmen, Konservierung, Heben oder doch zeitlich ziemlich weit hinauschieben. Anders die Arbeit, besonders aber die menschliche Arbeitskraft. Wenn schon unsere Speichereinrichtung für Kraft im technischen Sinne recht unvollkommen sind, für die Kraft der Muskeln gibt es überhaupt keine. Das menschliche oder tierische Leben ist begrenzt, ein verlängerter Arbeitstag uneinbringlich. Verluste an menschlicher Arbeitskraft sind also vom Standpunkt der Allgemeinheit die schwerwiegendsten, weil erstens die hochwertigste Energieform verloren geht, und weil zweitens die nicht arbeitende menschliche Maschine Feuerung verbraucht, und zwar sehr kostbare Brennstoffe. Es ist also ein sehr wichtiges Problem, das Professor Bechhold in der Frankfurter Wochenschrift Umschau aufrollt, der Arbeitsmarkt beim Friedensschluß. Zu der Unmöglichkeit der Aufspeicherung der menschlichen Arbeit kommt noch, daß das vorhandene Angebot immer dringlich ist, denn der Arbeitssuchende braucht meist den Lohn zum Lebensunterhalt. Aus allem folgt, daß die Regelung des Arbeitsmarktes beim Friedensschluß eine der dringlichsten und schwierigsten Aufgaben ist.

Die Schwierigkeiten liegen vor allem darin, daß verlässliche statistische Unterlagen nicht beschaffbar sind, daß niemand angeben kann, in welcher Jahreszeit, ob im Sommer oder im Winter der Krieg sein Ende finden wird. Mit der Jahreszeit verschieben sich aber die Anforderungen des Arbeitsmarktes, im Sommer werden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und im Baugewerbe leichter beschafft, im Winter in der Industrie. Folgt man den Darlegungen Bechholds, dann werden die Verhältnisse im allgemeinen günstig liegen, wenn auch selbstverständlich vereinzelte Krisen als unvermeidbar angesehen werden müssen.

Größere Aufmerksamkeit erfordern die Frauenfrage und der Berufswechsel. Die Frauen werden z. T. durch die heimkehrenden Männer verdrängt werden, sie werden sich aber auch ihrerseits in bestimmten Berufen oder einzelnen Stellen durch besondere Tüchtigkeit fest verankert haben. Jedenfalls sind durch das stark vermehrte berufliche Auftreten der Frau alle Maßnahmen, die dem Kindererwerb dienen können, aufs beste durchzuführen. Durch die Organisation muß dafür gesorgt werden, daß jede Arbeit auch bei der Frau den entsprechenden Lohn finde. Durch die Kriegsverhältnisse werden eine nicht unbeträchtliche Anzahl Menschen gezwungen sein, ihren Beruf zu wechseln, der Berufsberatung, dem Ausbildungsweesen und den verschiedenen Verkehrsmitteln muß daher größte Aufmerksamkeit zugewandt werden. Es ist Pflicht der Naheliegenderen, noch Möglichkeit alle sozialen Einrichtungen zu schaffen und für ihre Erhaltung zu sorgen, die den Heimkehrenden eine Stellung sichern, die nicht nur das tägliche Brot liefert, sondern die auch geeignet ist, die Arbeitskraft in der geeigneten Weise auszunutzen. Das sind Ziele, die die Gewerkschaften zu erreichen streben. Dazu bedürfen sie der unermüdeten Mitarbeit aller Kollegen.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 9. September,

der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9.—15. September fällig.

Krankentüchtigkeit.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterfallungen sich sofort beim Vorstand der Werkwartungsstelle zu melden und ihr Mitgliedebuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Karenzzeit wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

Aus dem Verbandsgebiet

Stolberg. Am Sonntag, den 12. August fand im Lokale Kremer in Stolberg eine Besprechung der Arbeiterausschussmitglieder des Industriebezirks Stolbergs statt. Die Einladung zu dieser Besprechung, war vom Arbeiterausschuss eines hiesigen großen Werkes ergangen und waren außer der Firma Schlicher alle Betriebe vertreten.

Gegenstand der Besprechung war die Verteilung von Lebensmitteln an Schwerk-, Schwerst- und Nützungsarbeiter. Einleitend betonte der Vorsitzende, daß sich die Notwendigkeit herausgestellt habe, daß die Arbeiterausschüsse aller Betriebe in dieser Frage mehr Hand in Hand arbeiten müssen. Ueber die Lebensmittelmengen, die den betreffenden Arbeiterkategorien zuzuteilen, herrsche noch sehr viel Unklarheit, Auch läßt die Kontrolle bei der Verteilung der Lebensmittel durch die Arbeiterausschüsse noch sehr viel zu wünschen übrig. Die allgemeine Ansprache zeitigte dann auch ein recht buntes Bild. Nur von einigen Betrieben konnte berichtet werden, daß der Arbeiterausschuss bezüglich Verteilung der Lebensmittel mitwirkte. Bei der Mehrzahl der Betriebe ist dieses leider nicht der Fall. Auch wurde ganz besonders über die hohen Preise solcher Lebensmittel geklagt, die von den Werken im Freihandel erworben würden. Auch dadurch, daß die Werke mitunter bedeutende Zusätze beim Einkauf von Lebensmitteln leisteten, blieben die Preise doch in einer Höhe, die es der Mehrzahl der Arbeiter unmöglich mache, solche Lebensmittel kaufen zu können, weil das Einkommen dazu nicht ausreichte. Sehr auffällig ist auch der Preisunterschied, der für diese im Freihandel erworbenen Lebensmittel in den einzelnen Werken gefordert wird. So wurde berichtet, daß in einem Werk für Weizen 4,40 Mark pro Pfund bezahlt würde in einem andern dagegen nur eine Mark. Auffällig wäre es auch, daß gerade das Werk, wo man die hohen Preise fordert, die niedrigsten Löhne bezahle.

Anschließend an diese Ansprache erteilte der Vorsitzende dem Gewerkschaftssekretär Schümmer, welcher zu dieser Versammlung eingeladen war das Wort. Redner führte in etwa folgendes aus: Die Obliegenheiten der Arbeiterausschüsse, die nach dem Hilfsdienstgesetz in allen Betrieben, die über 50 Arbeiter beschäftigen, errichtet werden müssen, sind außerordentlich wichtig. Diese Obliegenheiten sind eng umschrieben in dem Paragraph 12 dieses Gesetzes, welcher lautet: „Dem Arbeiterausschuss liegt es ob, das gute Einbernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebsbedingungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seiner Wohlfahrtsanstaltungen beziehen, zur Kenntnis des Invernehmens zu bringen und sich darüber zu äußern. Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Arbeiterausschusses muß eine Sitzung anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden.“ Wenn nun auch in diesem Paragraph nichts davon verlautet, daß die Arbeiterausschüsse auch bei der Verteilung von Lebensmitteln geholfen werden müssen, so besteht doch eine Bestimmung, die der Präsident des Kriegsernährungsamtes erlassen hat, wonach die Arbeiterausschüsse bei der Verteilung von Lebensmitteln hinzuzugezogen werden müssen. Der Wortlaut dieser Bestimmung lautet: „Die Unterverteilung der den Werken zugeleiteten Nahrungsmittel erfolgt durch einen oder mehrere Vertreter des Werkes in Gemeinschaft mit dem Arbeiterausschuss, der zugezogen werden muß. Von die Stelle des Arbeiterausschusses kann ein sonstiger vom Werk gebildeter Lebensmittelausschuss treten. Soweit ein Arbeiterausschuss besteht, bedarf es hierzu seines Einverständnisses. Der oder die Vertreter des Werkes haben die gleiche Stimmzahl wie die Mitglieder des Arbeiterausschusses bezw. die Vertreter im Lebensmittelausschuss. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet ein von der zuständigen Kriegsamtstelle im Voraus bezeichneter Mann.“

Die Kontrolle ist aber nur dann eine vollständige, wenn auch die Arbeiterausschussmitglieder über sämtliche Eingänge von Lebensmitteln unterrichtet sind. Das heißt, sie müssen wissen, was den Werken vom Kommunalverband an Lebensmittel zugewiesen wurde und was dieselben im freien Handel erwerben. Auffällig ist es, daß die große Mehrzahl der Werke diese Auskunft verweigern. Wenn eigens Lebensmittel von den Kommunalverbänden an die Werke für Schwerk- und Schwerstarbeiter geliefert werden und solche unter dem Vorwand im freien Handel erworben werden, daß sie für die Arbeiter bestimmt sind, und dadurch der allgemeinen Volksernährung entzogen werden, so steht den Arbeiterausschüssen auch das Recht der Kontrolle über die Verteilung zu.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Kontrolle eine unbedingte Notwendigkeit ist. Wo man sich aber dieser Kontrolle entzieht, da ist ein gewisses Mißtrauen konstatieren der Arbeiterschaft nur allzu berechtigt, weil dann auch meistens die Lebensmittel an Personen verteilt oder von solchen genommen werden, für die sie nicht bestimmt sind. Gerade die Ungevißheit darüber, wo die Lebensmittel hingehen, hat unter die Arbeiterschaft sehr viel Unzufriedenheit gebracht und laden die Erzeuger dieser Unzufriedenheit in jeglicher schweren Zeit eine große Verantwortung auf sich. Wenn die Arbeiter von den maßgebenden Instanzen verlangen, daß für die schwerarbeitende Bevölkerung von Stolberg die notwendigen Lebensmittel sicher gestellt werden, so sollen sie auch alles, was an Lebensmittel für die Schwerk-, Schwerst- und Nützungsarbeiter bestimmt ist und was sonstwie für die Arbeiterschaft eingekauft wird, denselben auch zulassen lassen.

Jedoch ist der Arbeiterschaft mit der Lebensmittelbeschaffung allein nicht geholfen, es muß ihr vielmehr auch die Möglichkeit gegeben werden, die Lebensmittel kaufen zu können. Diese Möglichkeit besteht aber bei den

meisten Arbeitern des Stolberger Industriebezirks nicht, weil die Lohnverhältnisse im allgemeinen sich noch in den Grenzen wie vor dem Kriege bewegen. Selbst alle rationierten Lebensmittel können von dem größten Teil der Arbeiterschaft nicht gekauft werden. So lange man die Löhne der teuren Lebensweise entsprechend nicht aufbessert und dadurch auch die Möglichkeit zum Einkauf der vorhandenen Lebensmittel schafft, verfehlen auch alle Mittel zur Herbeiführung von Lebensmitteln ihren Zweck. Wenn in den übrigen Industriebezirken die Löhne während des Krieges um ein bedeutendes gestiegen sind und diejenigen des Stolberger Bezirks um ein bedeutendes überholt haben, so kann die Arbeiterschaft nicht verstehen, warum das in Stolberg nicht der Fall sein soll.

Hier erweist den Arbeiterausschüssen eine besondere Aufgabe und der Paragraph 12 des Hilfsdienstgesetzes gibt denselben die Handhabe helfen zuzugreifen. Dieses können sie aber auch nur dann, wenn sie mit der gesamten Arbeiterschaft den Anschluß an die Gewerkschaften suchen, und gemeinsam mit derselben dahin arbeiten, daß auf allen Gebieten, und ganz besonders in der Lohnfrage andere Verhältnisse geschaffen werden. Wenn sich unter der Stolberger Arbeiterschaft eine große Unzufriedenheit bemerkbar macht, so müssen alle in Frage kommenden Instanzen dahin arbeiten, daß diese Unzufriedenheit nicht genährt wird. Für die Arbeiterschaft ist es daher Pflicht, sich in der Gewerkschaft zusammenzuschließen, nur dann können auch die Arbeiterausschüsse im Sinne des Hilfsdienstgesetzes arbeiten.

Getragen vom bayerländischen Pflichtgefühl will die Stolberger Arbeiterschaft alles tun, um dem Vaterland den größtmöglichen Steg sicher zu stellen. Die Erfüllung dieser großen Pflichten ist aber nur dann möglich, wenn gegenseitiges Vertrauen, Anerkennung berechtigter Wünsche und die Abstellung bestehender Mißstände erfolgt.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen wurde aus der Versammlung folgende Entschließung eingebracht und einstimmig angenommen:

Die heute, am 12. August 1917, im Lokale Jakob Kremer in Stolberg stattgefundene Versammlung der Arbeiterausschussmitglieder des Industriebezirks Stolberg besaßte sich eingehend mit der Lebensmittelfrage resp. mit der Lebensmittelverteilung an die Schwerk- und Schwerstarbeiter.

Nach eingehender Beratung dieser Materie ist die Versammlung der Ueberzeugung, daß die Lebensmittelfrage innerhalb des Stolberger Industriebezirks, für Schwerk- und Schwerstarbeiter nicht so geregelt ist, wie es im Sinne des Gesetzgebers liegt und wie es die Schwere der Arbeit in den hiesigen Betrieben und das Interesse des Vaterlandes erfordert. Dieses trifft besonders zu auf die zur Verteilung kommenden Lebensmittelmengen an die Schwerk- und Schwerstarbeiter und die Kontrolle der Arbeiter bei der Verteilung. Auch sind die Lohnverhältnisse, die gegenüber der Zeit vor dem Kriege keine oder nur ganz geringe Veränderungen erfahren haben, nicht mit der allgemeinen Lebenssteigerung in Einklang zu bringen. Durch letzteres wird der Arbeiterschaft die Möglichkeit genommen, die für sie und ihre Familie rationierten Lebensmittel kaufen zu können.

Die Versammlung beschließt daher folgendes:

1. Die zur Verteilung kommenden Lebensmittelmengen an Schwerk- und Schwerstarbeiter haben in dem Sinne zu erfolgen, wie im Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vom 4. Mai 1917 bekannt gegeben worden ist und auf Grund der Liste, wie sie die königliche Regierung zu Aachen resp. der dort bestehende Ausschuss für Lebensmittelfragen aufgestellt hat.

2. Die Unterverteilung aller, den Werken zugeleiteten Lebensmittel, hat in dem Sinne zu erfolgen, wie im Rundschreiben des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes vom 4. Mai 1917 bekannt gegeben wurde. Demnach müssen die Arbeiterausschüsse bei der Verteilung hinzugezogen werden.

3. Die bei der Verteilung mitwirkenden Arbeiterausschüsse müssen über alle Eingänge von Lebensmitteln, die in den Werken zur Verteilung gelangen genau informiert sein.

4. Von den maßgebenden Instanzen erwarten die Versammelten, daß alles geschieht, um für die hiesige, sehr schwer arbeitende Bevölkerung Lebensmittel sicher zu stellen.

5. Um der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu geben, die zur Verteilung gelangenden Lebensmittel auch kaufen zu können, verpflichten sich die Arbeiterausschüsse, dahin zu arbeiten, daß die Lohnfrage der teuren Lebensweise entsprechend geregelt wird.

6. Um obige Fragen erledigen zu können, sieht die Versammlung auf dem Standpunkt, daß die Mitarbeit in den Gewerkschaften eine unbedingte Notwendigkeit ist und empfiehlt deshalb allen Arbeitern und Arbeiterinnen, sich denselben anzuschließen.

Die Versammelten verpflichten sich, in den Betrieben dahin zu arbeiten, daß die Produktion keinerlei Einbuße erfährt, vielmehr alle Kräfte anzuspinnen, um in dieser ersten Zeit dem Vaterlande zu helfen. Um dieses ermöglichen zu können ist die Abstellung bestehender Mißstände unbedingt notwendig.

Osabrück. Die Werkwartungsstelle hielt am Sonntag, den 12. August in der Stadthalle ihre Generalversammlung und in Verbindung damit eine Vertrauensmännerkonferenz ab. Der Besuch war verhältnismäßig gut, nur muß die Erwartung ausgesprochen werden, daß die Kollegen aus Osabrück sich nächstens stärker beteiligen. Von den auswärtigen Sektionen waren Ralle, Rheine und Burgsteinfurt nicht vertreten. Nach einer kurzen Begrüßung erstattete Kollege Hagemann den Geschäfts- und Kassenericht für die letzten beiden Vierteljahre. Dem beinahe vollständigen Aufwandskonto des vorigen Jahres ist eine stärkere Aufwärtsbewegung seit den ersten Monaten dieses Jahres gefolgt.

Der Mitgliederzuwachs entfällt hauptsächlich auf die Sektionen Dese-Hagen, Osabrück, Schinkel und Hüffel. Eine neue Sektion mit 45 Mitgliedern ist im Juli gegründet worden in J b e n l e n, die fast ganz aus Arbeiterinnen besteht. Es steht zu hoffen, daß die Hohenbürener Kollegen ihren Stolz darin suchen werden, ihre Sektion zu festigen und weiter auszubauen. Die Einnahmen sind entsprechend der Mitgliederzahl um rund 100 Prozent gestiegen. Nicht befriedigend ist der erzielte Marktdurchschnitt; er beträgt nur 11 pro Mitglied. Wenn dies ungünstige Ergebnis auch teilweise auf die verhältnismäßig große Fluktuation der jugendlichen Mitgl.

führen ist, so ist das doch keine ausreichende Entschuldigung. Die Vertrauensmänner müssen mit noch mehr Eifer und Pünktlichkeit die Beiträge einfordern und ihr Amt verwalten, dann wird im laufenden Vierteljahr die durchschnittliche Beitragserhebung besser werden. Ebenso notwendig ist die monatliche und pünktliche Abrechnung der Sektionen mit der Verwaltungsstelle.

Die Verwaltungsstelle hat in den ersten 6 Monaten d. J. mehrere erfolgreiche Wohnbewegungen, teils allein, in den meisten Fällen zusammen mit anderen Metallarbeiterverbänden geführt. Durch die Wohnbewegungen hat für über 200 Mitglieder der Stundenlohn um durchschnittlich 10 Pfg. erhöht werden können. Auch aus dem Monat Juli liegen wieder mehrere günstige Resultate vor. Der Verband hat auch als erster beim hiesigen Schlichtungsausschuss einige Erfolge erzielen können. Den Kollegen Mutert und Habel war von der Firma Stahmer in Defude der Absehenschein verweigert worden. Der Schlichtungsausschuss erkannte an, daß sie auf der neuen Arbeitsstelle wesentlich mehr verdienen könnten und sprach ihnen den Absehenschein zu.

Als die zunächst wichtigste Aufgabe bezeichnete Redner es, die zahlreichen neugewonnenen Kollegen zu überzeugungstreuen Verbandsmitgliedern zu erziehen, ihnen den Verband lieb und teuer zu machen durch äußerst pünktliche Beitragsabholung und Zustellung der Verbandszeitung und Gewährung am Verbandsleben. Darüber hinaus muß auf die Gewinnung neuer Mitglieder das größte Gewicht gelegt werden. Es kommt vor allem darauf an, daß alle Sektionen in den kommenden Wochen und Monaten mit allem Nachdruck die Mitgliederwerbung betreiben. An erster Stelle gilt das für Osnabrück, Schinkel, Haste, Laggendeb und Rheine. Nachdrücklich muß auch an der Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses weitergearbeitet werden. Stundenlöhne von 50 Pfg. für Handwerker, von 40 Pfg. für erwachsene Arbeiter und von 30 Pfg. und weniger für Arbeiterinnen bilden in vielen Orten und Betrieben noch die Regel. Die Notwendigkeit, bessere Lohnverhältnisse zu schaffen, bedarf daher keines weiteren Beweises.

Nach der vorgenommenen Ergänzungswahl wurde der Antrag des Vorstandes, den Jugendbeitrag von 10 auf 15 Pfg. zu erhöhen zur Beratung gestellt und einstimmig angenommen. Die Erhöhung tritt am 1. September in Kraft und liegt begründet in den steigenden Ausgaben der Verwaltungsstelle, infolge vermehrter Arbeit, erhöhter Preise für Schreibmaterial und erhöhtem Porto. Es ist daher nicht nur notwendig, sondern auch billig und recht, daß die Mitglieder der Jugendklasse wenigstens etwas zu den Kosten der Verwaltung beitragen.

Hierauf nahm unser Bezirksleiter, Kollege Hirtfelder, das Wort und sprach zunächst seine Freude aus über den guten Besuch der Generalversammlung und die günstige Entwicklung der Verwaltungsstelle. Nirgends ist, so führte Redner weiter aus, die gewerkschaftliche Arbeit zur Verbesserung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses in der Metallindustrie notwendiger, als im hiesigen Gebiet. Die Verhältnisse über die Durchschnittslöhne der Hollarbeiter sämtlicher Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften von 1913 bis 1916 beweisen das mit aller Deutlichkeit. Während im Jahre 1916 bei der Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft in Eisen der Durchschnittslohn um 294 Mark oder 12 Prozent, bei der Süddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft in Mainz noch um 138 Mark oder 8,8 Prozent, selbst bei der Schließischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft in Breslau um 113 Mk. oder 8,6 Prozent gestiegen ist, beträgt die Steigerung bei der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft in Hannover, der auch die Betriebe im Osnabrücker Bezirk angehören, nur um 47 Mark oder 2,6 Prozent. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen sich doch einmal die Frage vorlegen, wer dieses jämmerliche Resultat für die Arbeiter im Bereich der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft verschuldet. Die Arbeiterchaft selbst durch Gleichgültigkeit gegenüber ihrer Berufsorganisation! Die Durchschnittslöhne der Berufsorganisationen müssen jeder Metallarbeiter doch endlich von dem Gedanken frei werden, daß die nötigen Lohnveränderungen ganz von selbst kommen und sie deshalb die Gewerkschaftsbeiträge sparen können. Die unorganisierten Arbeiter haben tatsächlich was gespart, aber nicht für sich, sondern für die Lärche der Unternehmer. Nur durch die Gewerkschaften werden die Löhne, den Verhältnissen entsprechend, verbessert. Kollege Hirtfelder forderte zum Schluß seiner Ausführungen alle anwesenden Kollegen auf, unverzüglich an der Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes zu arbeiten. Die Erfolge unseres Verbandes und sein Einfluß in der Öffentlichkeit richten sich an erster Stelle nach seiner Mitgliederzahl.

Hörzheim. Die lange Kriegsdauer hat auch der hiesigen Geschäftslage wieder etwas auf die Beine geholfen. Die Gold- und Silberwarenindustrie brach zu Beginn des Krieges vollständig zusammen. Katastrophal ging es hier mit der Umstellung der Fabrik in die Kriegsindustrie etwas langsamer vonstatten als an anderen Orten. Einige größere Firmen bezogen sich schon frühzeitig auf Munitionspreduktion. Hierzu mußten aber die notwendigen starken Maschinen, wie Drehbänke und Bohrmaschinen angeschafft werden. Andere Betriebe und auch Kleinbetriebe machten Kriegsgewinn. Teilweise angedeutet an die Schweißengrabindustrie unserer Gegend wurden in vollkommener Form aus französischen Kupfergeschmelzen hergestellt, aus demselben Material wurden, Drahten, Bruchschleifer, Bruchschleifer und eine Reihe anderer Gegenstände hergestellt. Silberne Ringe mit Kriegszugspitzen wie etwa Kreuz, Halbmond und dem Wappen der verschiedenen Mittelstaaten, wurden und werden auch zu Tausenden von unseren Klappern in Höhe und in den Wärschen sowie auch von anderen Orten als Kriegsgewinn gekauft.

So sollte es auch im hiesigen Industriegebiet der Eisenindustrie laugnen. Die ursprünglich allgemeine Arbeitslosigkeit bis einer regen Tätigkeit in der Kriegsbau- und Kriegsvermögensindustrie. Nach dem von

Städtischen Arbeitsamt Pforzheim herausgegebenen Geschäftsbericht für die Jahre 1913 bis einschließlich 1916, ergab eine, in der Zeit vom 18. bis 20. November 1914 vorgenommene Arbeitslosenstatistik, an männlichen verheirateten 1453 und 889 ledige (selbständige); an weiblichen verheirateten 1747 und ledigen (selbständigen) 1300, zusammen 5389 erwerbslose Personen. Hierbei muß bemerkt werden, daß das Städtische Arbeitsamt in den Vormonaten September und Oktober 1731 Arbeitslose als Notstandsarbeiter im städtischen Betriebe untergebracht hat, und etwa 2000-3000 Personen wieder in der Schmuckwarenindustrie Beschäftigung fanden.

Die etwas reichlich spät einsetzende städtische Arbeitslosenunterstützung (eingeführt mit 1. Januar 1915) zahlte im Jahre 1915 insgesamt 332 601,51 Mk. an Arbeitslosenunterstützung, Kreiszuschüssen und an Naturalien aus. Im Jahre 1916 betrug die Auszahlung noch 222 035,05 Mark.

Unsere Mitglieder, die diese Zeit mitzumachen hatten, wissen den Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation wohl zu würdigen. Gatte doch unsere Zahlstelle in den ersten 20 Kriegswochen allein an Kriegsnotstandsunterstützung 11 532,84 Mark lausbezahlt.

Heute hat sich die Arbeits- und Erwerbslosigkeit so gestaltet, daß Arbeitskräfte überall gesucht sind. Nun wäre es aber auch erblisch an der Zeit, daß das gewerkschaftliche Leben am hiesigen Orte wieder aufleben würde. Notwendig wäre es wohllich in jeder Hinsicht. Eine Anzahl Unternehmer, die in Munitionindustrie machen, glauben die prozentuale Beisehrbezahlung der Überstunden vermeiden zu müssen, mit der eigentümlichen Begründung, daß die diesbezüglichen Abmachungen vom Jahre 1906 nur für die Arbeiterchaft der Schmuckwarenindustrie, nicht aber für die Munitionsarbeiter Geltung haben.

Auch über unzulängliche Löhne hört man vielfach Klagen. Dies alles kann aber nur gebessert werden, wenn die Kollegen und Kolleginnen sich wieder eifrig der Gewerkschaftsarbeit widmen. Die durch die große Arbeitslosigkeit entstandene Niederbegehrtheit und Gleichgültigkeit muß endlich einmal abgeschüttelt werden im Interesse unserer Zukunft. Ein feier, frischer Zug muß wieder einziehen. Vor allem aber müssen unsere alten Gewerkschaftler mit frischem Mut vorangehen. Die Mitgliederversammlungen und Vertrauensmännererhebungen sind vollzählig zu besuchen, um mit Tat und Tat die Verhältnisse zu bessern. Zu wir alle unsere Pflicht, dann können wir auch mit Stolz unseren Feldzügen, wenn sie einmal zurückkehren, in die Augen sehen und sagen: was wir gemeinsam begonnen und erarbeitet haben, wir haben es nach unseren Kräften zu erhalten gesucht, während ihr die Feinde von Deutschlands Grenzen abhießt.

Hörzheim. Drei volle Jahre tobt nun schon der unerbittliche Weltkrieg, der schon viele Opfer an Gut und Blut von uns gefordert hat und auch in Zukunft fordern wird. Auch an unserer Ortsgruppe ist der Krieg nicht spurlos vorübergegangen, auch von uns hat er blutige und finanzielle Opfer verlangt. Unser Vorstands- und Vertrauensmännerapparat wurde auseinandergerissen, und der größte Teil unserer tätigensten und besten Kollegen zu den Fahnen einberufen, zum Schutz für Weib und Kind, für Heimat und Vaterland. Im Jahre 1915 lag die Verbandsarbeit darnieder. Unsere Sektion sahen ihrer Auflösung nahe. — Nach und nach sind die dahingeliebten Kollegen unter der Leitung eines neuen Vorstandes an, sich anzurufen, um ihre Interessen als organisierte Metallarbeiter dem Unternehmertum gegenüber wahrzunehmen. Es schien fast unmöglich, die Kollegen von ihrer Loyalität zu befreien. Schwere Kämpfe haben wir ins Auge gefaßt, aber herzlich waren die Erfolge, die wir errangen. Durch Kampf zum Sieg, war die Parole aller Kollegen. Im Jahre 1915 konnten wir nur wenige Neuaufnahmen vornehmen. Die Mitgliedererhaltung im vergangenen Jahre war befriedigend. Alle Schwankungen übertrifft hat die erste Hälfte 1917. Wir konnten nicht nur den Abgang der zum Heeresdienst Eingezogenen ausgleichen, sondern wir erreichten das Vierfache der Mitgliederzahl der letzten Friedensperiode. Die Kollegen erschließen hieraus, daß, wenn in ordentlicher Weise zugefaßt wird, auch noch viel für unsere Ortsgruppe heraus zu holen ist. Wird von allen Kollegen mit Hochdruck so weiter gearbeitet, — das Arbeitsfeld besitzt noch die stätliche Anzahl von 800 unorganisierten Arbeitern begg. Arbeiterinnen, — kann unsere Verwaltungsstelle noch vor Jahresfrist unser Bestreben, das wir auf der Konferenz zu Tagen gegeben haben, einlösen.

Je nicht langer Zeit steht uns in Hörzheim wieder ein Abgang an Mitgliedern zum Militär bevor. Die letzten Kollegen der Jahrgänge 1893 und 99 werden auch bald zu den Fahnen einberufen werden. Unter diesen befinden sich wieder eine ganze Anzahl Vertrauensmänner. Es nun unsere Sektion hoch zu halten, und um sie weiter auszubreiten, muß schnellstens Ersatz geschaffen werden. Jetzt heißt es für die „ganze Welt“ wieder anrufen zur Arbeit für den Verband. Gerade die Kollegen mit den ergrauten Wärsen müssen als Pioniere einströmen, um den Jugendlichen mit gutem Beispiel voranzugehen. Schließlich sei der Kollegen durch Entschuldigungen aus, sage er nicht, ich habe keine Zeit, ich muß Überstunden und Sonntagarbeit leisten, oder ich habe Tag- und Nachtschicht; wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Schwierigkeiten sind da, nur Überwinden zu werden. Vor allem verständig eine Versammlung und legt das Verbandsorgan nicht ansetzen zur Seite, wer beides erfüllt, kann nie ein lauer Gewerkschaftler werden.

Kollegen von Hörzheim! Also ununterbrochen weitergeschafft bis auf der letzte unorganisierte unsern christlichen Metallarbeiterverband angehört. Ein jeder, so jung oder alt, so männlich und weiblich, mache sich die Worte unseres Hauptberaters zur Richtschnur: „Stehe ein für die beste Mitgliederzahl bis zum Herfsten!“

Hörzheim. Es ist mancher Schwierigkeiten sind auch wir an den Gedanken des Bodenke's in den letzten Monaten davon gekommen. „Nun ja, frei“ organisierten Kollegen war dies ein Wort im Auge. Stellt sich zu freuen, daß heimliche Arbeiter und Arbeiterinnen den Weg

zur Organisation — dem christlichen Metallarbeiter-Verband — fanden, glaubten sie durch Beerdigungen verschiedener Art uns Hindernisse zu bereiten und die Mitglieder abspeisig zu machen. Das war wenig im Sinne des Burgfriedens und einer notwendigen wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit gehandelt. Hoffentlich versteht man es von anderer Seite, solche Auswüchse einmal zu beseitigen und die Freiheit der Überzeugung anderer zu achten. Notwendig ist aber auch, daß die christlich-nationale Arbeiterchaft des Oberlandes und am Bodenke in größerem Maße als bisher den Weg zur Organisation in die christlichen Gewerkschaften findet. Es ist schändlich an der Arbeiterchaft gehandelt, heute noch der Organisation fernzustehen; die Erfolge aber erheischen zu wollen. Auch unsere Mitglieder müssen eifrig gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten durch Versammlungsbesuch und rege Werbetätigkeit. Nach viele sehen unserer Bewegung ferne, die gewonnen werden müssen. Wenn alle Kollegen und Kolleginnen hier ihre Pflicht tun, kommen wir voran. In unserm und dem allgemeinen Arbeiterinteresse ist dies unbedingt notwendig.

Einen guten Verlauf nahm unsere letzte Versammlung am 5. August, in der Bezirksleiter, Kollege Gengler, einen trefflichen Vortrag hielt. Eingehend beschäftigten wir uns mit den wichtigsten Aufgaben der Arbeiterchaft in der Rüstungsindustrie und der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Uebereinstimmend kam zum Ausdruck, daß die Teuerung aller Bedarfsartikel des Arbeiterhaushaltes die Arbeiterchaft zwingt, sich mit ihrer Lage zu beschäftigen und einen Ausgleich durch Erreichung angemessener Löhne zu erstreben. Die Löhne entsprechen dem Bedürfnisse noch vielfach nicht und weisen auch große Gegensätze auf. Im Rahmen des Hilfsdienstgesetzes muß die Arbeiterchaft deshalb auf eine bessere Regelung der Verhältnisse hinarbeiten. Notwendig ist auch die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Das ist die Grundlage für die Arbeiterchaft überhaupt. Für die christlich-nationale Arbeiterchaft kommen hier die christlichen Gewerkschaften in Frage. Für die in der Metallindustrie beschäftigten christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen ist der Beitritt zum christlichen Metallarbeiter-Verband heute ein Gebot der Stunde, sollen ihre Interessen nicht zu kurz kommen. Besprochen wurde weiter die Jugendarbeiterfrage und die Bewegung auf den Metallwerken. Folgende Entschließung wurde hierzu gefaßt:

„Die am 5. August abgelaufene Mitgliederversammlung des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands, Ortsverwaltung Friedrichshafen, nimmt Stellung zu der Lohnbewegung auf den Metallwerken. Die Versammlung hebt hervor, daß die Lohnverhältnisse vieler Arbeiter und Arbeiterinnen — insbesondere unter den im Zeitlohn Beschäftigten — vielfach noch einen Stand aufweisen, der den heutigen Teuerungsverhältnissen nicht entspricht. Deshalb erachten die Versammelten eine Besserung dieser Verhältnisse für dringend erforderlich.“

Versammlungs-Kalender

- Sonntag, den 9. September 1917:
 Osterfeld. 11 Uhr kath. Arbeitervereinshaus in Osterfeld, Kartellversammlung.
 Marzloh. 2,30 Uhr bei Bruch, Martenstraße.
 Gamburg. 5 Uhr bei Vanthoff, Weederstr.
 Gohfeld. 11 Uhr bei Conrad, Gohfeldstr.
 Fremersheim. 5 Uhr Heinz. Rabusch, Kronprinzenstr.
 Rheinhausen. 7,30 Uhr bei Portmann.
 Gelsenkirchen-Neufeld. 11 Uhr bei Bingenauer.
 Sonntag, den 16. September 1917:
 Walfam. 5 Uhr bei Zofahn.
 Gelsenkirchen-Schalke. 11 Uhr bei Wegener.

Renden i. W. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß in Zukunft das Büro nur noch vormittags von 11 bis 12,30 Uhr und abends von 6 bis 7,30 Uhr geöffnet ist. Während der übrigen Zeit muß das Büro wegen Ueberhäufung mit Arbeiten geschlossen bleiben. Unsere Mitglieder wollen hierüber gütlich Notiz nehmen.

Gewandte, im Versicherungswesen erfahr.
Persönlichkeit,
 in Berg- und Metallarbeitertreffen gut eingeführt, zur Bearbeitung einer bereits vorhandenen, festgelegten Organisation gesucht. Stellung ist äußerst angenehm und entwicklungsfähig. Ausführliche Angebote unter 0744 an die Expedition d. Ztg. Duisburg, Musfeldstr. 15, erbeten.

Kesselschmiede
Pressluftmeter
Autogenschwaiser
Schlosser
Feuerschmied
u. Hilfsarbeiter
 sofort gesucht.
Maas & Hardt
 Maschinenapparatfabrik
 Lüttringhausen, Rheinland.

Soeben erschien in 2. verbess. Aufl.
Gewindesechniden
 Hilfsbuch für Dreher mit vollständigen Tabellen für alle vorkommenden Drehbänke und Gewinde von Drehmeister A. Müller u. Ingenieur A. Freund
 Preis geb. Mk. 2.50.
 Verlag Friedrich Brandstetter in Leipzig.

Deutsche
Wachspapier
 und
 Farben für alle Vertriebszweige.
 Kalkpapier, Durchschlag- und Vertriebszweige-Papier.
 Echo vom Niederrhein, Duisburg